

Ein Hauch von Apartheid

Fragen an den palästinensischen Menschenrechtler Khader Shkirat

[ZdZ/LM: Die deutsche Öffentlichkeit ist nicht so gut darüber informiert, was in Palästina wirklich vor sich geht. Können Sie die augenblickliche Stimmungslage ihres Volkes beschreiben?

[Khader Shkirat: Die Frustration unter den Menschen über den Friedensprozess ist weit verbreitet. Ebenso enttäuscht sind wir über die mangelnde Bereitschaft der Israelis, ihre Zusagen einzuhalten. So wurden die politischen Gefangenen nicht freigelassen, Siedlungen und Umgehungsstraßen weitergebaut und die Bewohner Ost-Jerusalems weiterhin aus der Stadt deportiert. Die Israelis wollen Fakten vor den Statusendverhandlungen schaffen, was zur Bantustanisierung und Fragmentierung der palästinensischen Gebiete führt.

[ZdZ/LM: Als der Friedensprozess 1993 begann, waren die Menschen voller Erwartungen und Hoffnungen. Warum gibt es heute diese Hoffnung nicht mehr?

[Shkirat: Von den Erwartungen und der Freude, die es gab, ist nichts geblieben. Israel hat den Palästinensern alles vorenthalten, auf was sie ihre Hoffnungen stützen können. Die aggressive Politik Israels setzt sich unter dem Friedensprozess fort. Das Leben der Palästinenser ist schwieriger und komplizierter geworden. Was wir heute haben, hat mit Frieden nichts zu tun, darin gibt es einen großen Konsens unter den Palästinensern.

[ZdZ/LM: Wie drückt sich die Verschlechterung der Lage konkret aus? Setzt sich die Einkreisung der autonomen Gebiete weiter fort oder gibt es eine territoriale Kontinuität?

[Shkirat: Die Vertreibung der Palästinenser aus den von Israel kontrollierten Gebieten wie der Zone C oder Ost-Jerusalem hat stark zugenommen. Palästi-

nenser werden gezwungen, aus Zone C in Zone A überzusiedeln. Dies ist eine „stille Deportation“. Sie trifft die Beduinen und die Bewohner Ost-Jerusalems. Der Siedlungsbau geht ebenfalls unvermindert weiter.

[ZdZ/LM: Was unternimmt die palästinensische Behörde dagegen?

[Shkirat: Es gibt keinen politischen Widerstand von seiten der Autonomiebehörde gegenüber den Siedlungen. Es scheint als sei die Autonomiebehörde bloß Mahner aber kein Akteur wie die Menschenrechtsorganisationen.

[ZdZ/LM: Welche Strategie sollte die Autonomiebehörde anwenden?

[Shkirat: Die Autonomiebehörde könnte die Öffentlichkeit gegen die Siedlungen mobilisieren, legale Schritte einleiten und was das wichtigste ist, politische Schritte gegen die Siedlungen unternehmen. Die palästinensische Gemeinschaft widersteht nicht den Siedlungen, weil die Öffentlichkeit sieht, dass die Autonomiebehörde korrupt ist. Es gibt eine Clique von Leuten, die von Oslo profitiert und sich um die Sorgen der Menschen nicht kümmert. Weiterhin gibt es einen Mangel an Demokratie und der Achtung der Menschenrechte. Solange die Autonomiebehörde diese beiden Missstände nicht beseitigt, wird sie keine Unterstützung von den Menschen erhalten. Nach dem Einzug der Autonomiebehörde in Gaza glaubte sie, sie brauche die Unterstützung der Menschen nicht mehr, da sie von Israel, den USA und der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt werde.

[ZdZ/LM: Beschreiben Sie die Rolle der Autonomiebehörde gegenüber Israel.

[Shkirat: Israel hat die Behörde zu einem Hilfsagenten degradiert. Ich sehe

nicht, dass Präsident Arafat diese Rolle freiwillig spielen will, aber die Entwicklung vor Ort und der Druck Israels und der USA hat ihn in diese Lage gebracht. Sie zwingen Präsident Arafat, Menschen ohne Gerichtsverhandlungen einzusperren, und er beteiligt sich an diesem Spiel.

ZdZ/LM: Glauben sie, dass diese Rolle ihm von den USA und Israel zugewiesen worden ist?

Shkirat: Natürlich! Sie wollen seine Stellung im Volk untergraben und ihn korrumpieren, um politische Konzessionen von ihm zu erhalten.

ZdZ/LM: Wie würden Sie die politische und ökonomische Leistung der Autonomiebehörde beurteilen?

Shkirat: Es gibt keine ökonomische Leistung. Wir haben keine Institutionen. Alle offiziellen palästinensischen Institu-

tionen sind nur Fassade. Sie haben keinerlei Gesetzesvollmacht. Fast alles ist monopolisiert. Die europäischen und die anderen ausländischen Geldgeber finanzieren nicht die Autonomiebehörde, sondern nur Projekte oder die Infrastruktur. Das Geld für die palästinensischen Institutionen kommt aus Steuereinnahmen, etwa 1,2 Milliarden US-Dollar jährlich. Die Vertreter der Behörde bedienen sich aus diesem Geld und aus den Monopolen, die sie unter sich aufgeteilt haben.

ZdZ/LM: Befindet sich die Autonomiebehörde wegen der Verhandlungen zwischen Israel und Syrien in einem politischen Dilemma? Welche Auswirkungen haben diese Gespräche auf die israelisch-palästinensischen Verhandlungen?

Shkirat: Generell sollten diese Gespräche keinen negativen Einfluss auf uns haben. Die Israelis versuchen, die palästinensische Führung in Panik zu versetzen, um mehr Konzessionen zu erhalten. Die Autonomiebehörde sollte die syrische Position unterstützen und den Rückzug der Israelis vom Golan verlangen. Ein Beispiel, warum die Autonomiebehörde keinerlei Glaubwürdigkeit unter den Menschen hat, ist die Tatsache, dass sie jede einseitige israelische Maßnahme akzeptiert. Israel bestimmt alles eigenmächtig, die Autonomiebehörde ist kein Partner. Die Behörde hat keine eigenständige Politik gegenüber Israel.

ZdZ/LM: Warum beteiligen sich so viele palästinensische Politiker an diesem falschen Spiel? Selbst die wichtigsten säkularen Oppositionsparteien DFLP und PLFP sind vor Arafat zu Kreuze gekrochen und wollen zurück in die besetzten Gebiete.

Shkirat: Die beiden Parteien stellen keine Opposition dar. Sie sind klinisch tot. Es gibt nur eine Opposition: Hamas. Teile der Zivilgesellschaft stehen in Opposition zu Arafat. Leider gibt es noch keine zivilgesellschaftlich organisierte Partei. Die einzige säkulare Opposition stellen die Nichtregierungsorganisationen dar. Es ist der einzige Sektor, der nicht von Arafat kontrolliert ist. Alle politischen Parteien, einschließlich der in Damaskus werden von Arafat kontrolliert, und zwar finanziell. Sie genießen einerseits die Privilegien von Oslo, andererseits bekämpfen sie den Friedensprozess.

ZdZ/LM: Wohin werden die Statusendverhandlungen führen?

Shkirat: Im Augenblick gibt es diese Statusendverhandlungen nicht. Vielleicht erreicht man ein weiteres Interimsabkommen, in dem alle wichtigen Fragen aufgeschoben werden, wie z. B. die Flüchtlingsfrage, die Siedlungen, Ost-Jerusalem etc. Unter diesen Bedingungen will Israel eine Proklamation des Staates akzeptieren, von der Präsident Arafat besessen ist. Die Israelis bestimmen die Landkarte für die Statusendverhandlungen. Da facto handelt es sich aber um ein weiteres Interimsabkommen. Die Gefahr besteht, dass Präsident Arafat dieses akzeptiert. Ich kann Ihnen versichern, dass das palästinensische Volk dieses Szenario niemals akzeptieren wird. Es wird keinen Frieden und Stabilität geben, solange die Palästinenser nicht ihre vollen Rechte genießen können.

ZdZ/LM: Welche konstruktive Rolle könnten die USA spielen?

Shkirat: Sie könnten eine essentielle Rolle spielen. Tatsächlich ist ihre augenblickliche Rolle aber unfair. Sie sind keine ehrlichen Makler. Sie übernehmen immer die israelische Position und zwingen die Palästinenser die israelische Position zu akzeptieren.

ZdZ/LM: Welche Rolle könnten die Europäer spielen?

Shkirat: Wir verlangen von den Europäern, ihre Vereinbarungen mit Israel, das Assoziierungsabkommen auch umzusetzen. Mehr nicht.

ZdZ/LM: Hat sich die Lage der Menschenrechte der Palästinenser seit dem Oslo-Prozess geändert?

Shkirat: Der Friedensprozess hat nicht die Natur der Menschenrechtsverletzungen verändert. Sie haben zugenommen und sich in einigen Bereichen verschlechtert. Landenteignungen, Häuserzerstörungen, Zugang zum Wasser, die Bewegungsfreiheit, Folter, Deportationen und die Errichtung von Umgehungsstrassen haben nach dem Friedensprozess zugenommen. Die Ausgangssperren sind z. B. völlig weggefallen. Aber tatsächlich ist nichts besser geworden. In den palästinensischen Gebieten, in denen Israel keinen direkten Einfluss mehr ausüben kann, hat sich etwas



Foto: Mahfouz Abu Turk

Khader Shkirat ist Direktor der palästinensischen Menschenrechtsorganisation „LAW, Society for the Protection of Human Rights and the Environment“ in Ramallah. Das Interview für die *ZdZ/LM* wurde geführt von Ludwig Watzal, Autor des Buches: *Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart*, Aufbau Verlag, Berlin 1998.

verändert: Dort gibt es jetzt die Menschenrechtsverletzungen der Autonomiebehörde.

ZdZ/LM: Vor einigen Monaten entschied das Oberste Gericht in Israel, dass Folter in Verhören verboten sei. Gibt es trotzdem noch Folter in Gefängnissen des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet?

Shkirat: Es wird immer noch gefoltert. Das Oberste Gericht in Israel hat Folter nicht in Gänze als illegal verworfen. Es hat sie nur deshalb als illegal bezeichnet, weil sie nicht auf einem Gesetz, sondern nur auf einer Verordnung beruhte. Hätte Folter eine rechtliche Grundlage besessen, wäre sie nicht verboten worden. Trotzdem ist es eine fortschrittliche Entscheidung und meine Organisation begrüßt sie; es ist aber noch nicht weitreichend genug. Das Gericht hat aber Folter nicht gänzlich untersagt.

ZdZ/LM: Welche Politik verfolgt Israel gegenüber den Palästinensern aus Ost-Jerusalem? Konfisziert Israel immer noch Identitätskarten mit all den daraus folgenden Konsequenzen?

Shkirat: Auch unter der Barak-Regierung geht diese Politik weiter. Bis heute gab es noch keinerlei neuen Vorschriften, aber man spricht über Veränderungen. 2 500 Familien, etwa 20 000 Palästinenser sind bisher davon betroffen. Der Verlust der ID-Karte geht mit dem Verlust des Aufenthaltsrechtes in Ost-Jerusalem einher. So können sich die Palästinenser nur noch illegal am Ort aufhalten. Somit stehen den Menschen nicht mehr die normalen Vergünstigungen wie medizinische Betreuung und andere soziale Einrichtungen zur Verfügung. Die Israelis zwingen die Palästinenser, Ost-Jerusalem zu verlassen und in die Westbank oder Arafats autonome Gebiete zu ziehen. Zu dieser Strategie gehört auch die Politik der Häuserzerstörungen und die Landenteignungen zum Bau von Siedlungen und Umgehungsstraßen.

ZdZ/LM: Gibt es eine Strategie hinter dem Bau von Umgehungsstraßen?

Shkirat: Natürlich. Einerseits will man alle Siedlungen dadurch miteinander verbinden, um die palästinensischen Orte zu umgehen. Andererseits will man die palästinensischen Gebiete weiter zerstückeln, um sie dadurch zu desintegrie-

ren. Israel versucht, den Palästinensern die Benutzung dieser Straßen weitestgehend zu verbieten. Diese Straßen verprühen einen Hauch von Apartheid.

ZdZ/LM: Die Autonomiebehörde kann keine positive Bilanz in Sachen Menschenrechte vorweisen. Gibt es Menschenrechtsverletzungen durch Arafats Behörde?

Shkirat: Die gravierendste Menschenrechtsverletzung durch die Autonomiebehörde ist Folter. Hinzu kommt die Einschränkung der Meinungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen, Demonstrationsverbot, Misshandlung durch die palästinensischen Sicherheitskräfte sowie der Missbrauch der Macht der Behörde. Korruption ist ebenfalls ein häufig auftretendes Phänomen.

ZdZ/LM: Wie würden Sie die Atmosphäre in Palästina beschreiben? Entspricht sie der in einer demokratischen Gesellschaft oder eher der in einem autoritär-diktatorischen Regime?

Shkirat: Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht. Die Autonomiebehörde hat sie durch ihre Unterdrückungsmethoden und ihre willkürlichen Übergriffe geschaffen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Menschen werden eingeschüchtert und haben keine Gelegenheit, ihre Meinung frei zu äußern. Arafat blockiert alle demokratischen Möglichkeiten. Das geplante Grundgesetz wird niemals verabschiedet. Dies hat Arafat selber gesagt. Er hasst Gesetze.

ZdZ/LM: Wie beurteilen Sie die Zukunft Palästinas? Wie wird es in fünf Jahren aussehen?

Shkirat: Ich sehe die Zukunft meines Landes optimistisch. Wir haben ein hochqualifiziertes zivilgesellschaftliches Potential, um eine Demokratie aufzubauen, und wir haben den Mut, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen. Wir wollen endlich die Anerkennung unserer Menschenrechte. Es geht also nicht nur um einen Staat, sondern die Frage ist, wie er aussieht, welche Souveränität er besitzt und wo seine Grenzen verlaufen. Nur wenn die Palästinenser volle Souveränität in den Grenzen von 1967 erhalten, die Frage der Flüchtlinge gerecht gelöst ist sowie die Siedlungen aufgelöst sind, wird es dauerhaften Frieden geben. Jeder Friede bedarf der Unterstützung durch das Volk. 